

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

563 (3.12.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweimal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.45, in das Haus gebracht M. 3.75, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.45 gegen Vorauszahlung.
Einzelheft: Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Neblamezeile 10 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigen-Nachnahme: In der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Poststraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Politik, Nachrichten, Verlagsanl., Sport, Handel und letzte Drohtberichte Karl Vinder; für Melanzen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 10-11 Uhr, nachmittags 1/2 bis 1/2 Uhr Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Druck: T. Actiondruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Girschtstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 563

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Montag, 3. Dezember 1917

76. Jahrgang.

Mittagsblatt

Die Schlacht bei Cambrai.

Der deutsche Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 2. Dez. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz von Rupprecht von Bayern

In Flandern steigerte sich das Tags über mäßige Feuer am Abend beiderseits von Passchendaele zu größerer Heftigkeit und blieb auch die Nacht hindurch stark.

Die Kämpfe bei Cambrai dauern an! In dem Abschnitt von Inchy bis Bourlon entwickelte sich nach erfolgreichen eigenen Unternehmungen am Nachmittag lebhafteste Artillerietätigkeit.

Feindliche Infanterieangriffe wurden westlich von Meuvres durch unser Feuer erstickt, östlich von Meuvres brachen sie vor unseren Linien zusammen. Das Dorf Masnières wurde vom Feinde gesäubert. Gefangene wurden dabei eingebracht.

Starke Gegenangriffe richtete der Feind mit neu herangeführten Kräften gegen die ihm auf dem Westufer der Schelde entzogenen Stellungen. Nach erbittertem, bis in die Dunkelheit währendem Ringen warfen wir den Feind zurück.

Aus Guchy heraus anretende indische Kavallerie wurde zusammengebrochen. Gleichen Mißerfolgs hatten unsere Infanterieangriffe, die der Feind nach starker Feuerbereinigung gegen unsere Linien westlich von Boudhuilles aufsetzte.

Der gestrige Tag kostete den Engländern besonders schwere Verluste. Mehrere hundert Gefangene blieben in unserer Hand. Aus dem Kampfgebiet wurden bisher

60 erbeutete englische Geschütze und mehr als 100 Maschinengewehre geborgen.

Front des deutschen Kronprinzen.

Nördlich von Pinon brachten Sturmtruppen von erfolgreicher Unternehmung Gefangene ein.

Ein französischer Dorf ost westlich von Brimont schützte.

Auf dem östlichen Maasufer lebte das Artilleriefeuer nur vorübergehend auf.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Beiderseits von Altkirch erhöhte Artillerietätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida und Prespa, sowie im Cernajan lebte das Feuer auf. Westlich von Ochrida und am Bardar erfolgreiche Ortungsgeschichte.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der deutsche Abendbericht.

W.W. Berlin, 2. Dez., abends. (Amtlich.)

Bei Passchendaele sind östliche englische Angriffe gescheitert.

Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

W.W. Wien, 2. Dez. (Amtlich) wird verlautbart:

Auf dem Monte Pertica wurde ein italienischer Angriff abgeschlagen. Sonst ist über Venetien nichts zu melden.

An der unteren Wajusa verliefen Stoßtruppanternahmen erfolgreich.

Im Osten keine erwähnenswerten Kriegshandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Starkes Feuer an der Piave-Front.

* Berlin, 3. Dez. Aus Wien wird dem „Berl. Volksanz.“ mitgeteilt, nach einer Züricher Meldung des „Abend“ berichtet der „Secolo“: An der Piave-Front wütete ein Artilleriekampf von einer bisher noch nicht erreichten Heftigkeit.

Weit über 3 Millionen Kriegsgefangene.

O Berlin, 1. Dez. Die Zusammenstellung unserer österreichisch-ungarischen Bundesgenossen vom 1. November ergibt, wie die „B. Z.“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, für die österreichisch-ungarische Monarchie eine Gesamtziffer an Kriegsgefangenen von über eine Million Köpfe. Die Zahl der in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen beträgt über 2 Millionen. Auch ohne Zurechnung der in der Gasse befindlichen Kriegsgefangenen, sowie der von den Bulgaren und Türken Gefangenen ergibt sich also für Deutschland und Österreich-Ungarn eine Zahl von weit über 3 Millionen.

Neue U-Bootserfolge

21000 B.-R.-T. versenkt.

W.W. Berlin, 1. Dez. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant z. S. Valentiner (Hans) hat neuerdings im östlichen Mittelmeer unter schwerster feindlicher Gegenwirkung 5 Dampfer und rund 21000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Einer der Dampfer flog unter einer gewaltigen Detonation in die Luft. Er hatte offenbar Munition geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hindenburg und Ludendorff über die Kriegslage.

63. Berlin, 1. Dez.

Die „Wiener Neue Freie Presse“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer einen Bericht über den Besuch ihres Berliner Korrespondenten beim Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff im Großen Hauptquartier.

„Es steht alles gut“, begann Hindenburg das Gespräch, und Ludendorff bekräftigte: „Die Kriegslage bedroht zu großer Zurecht. Aber den Winter müssen wir freilich noch ausharren.“

Hindenburg fuhr fort: „So, einige Anstrengungen werden wir freilich noch machen müssen, wir sowohl wie unsere Verbündeten. Je mehr sich der Krieg seinem Ende nähert, umso weniger dürfen wir die Kraft sinken lassen.“

„Nur feststehen und stark sein, dann kommt der Frieden von selbst“, sagte Ludendorff. Den Termin des Friedens bestimmen können wir freilich nicht. Kein Heerführer wird sich auf solche Prophezeiung einlassen. Nur eins können wir bestimmt versichern: Der Krieg wird nicht als eine partie remise abgebrochen werden, er wird für uns günstig entschieden enden.“

Hindenburg fügte hinzu: „Deshalb sollten wir jetzt nicht mehr vom Frieden sprechen. Der Frieden ist noch eine zu zarte Pflanze, um die dauernde Berührung zu ertragen.“

Ludendorff fuhr fort: „Bei den Russen kommt er wohl. Ich will damit nicht sagen, daß ich die Rundgebung der Bolschewiki bereits als Friedensangebot betrachte. Erst muß Sicherheit bestehen, daß die Regierung die Macht hat, das Ergebnis der Verhandlungen mit uns nach innen und außen durchzusetzen. Den Waffenstillstand mit Rußland können wir allerdings jederzeit schließen, sobald wir die Sicherheit unserer Einhaltung haben. Ein allgemeiner Waffenstillstand wird sehr schwierig sein. Ich will nur eine Frage beaufheben: „Sollen sich während des Waffenstillstandes unsere U-Boote jeder Kampfhandlung enthalten? Während dann die Handelschiffe ungestört nach England, Frankreich und Italien fahren und die Lage des Gegners verbessern, werden wir keine Zufuhr erhalten. Ein Waffenstillstand von einer Dauer von drei Monaten, von dem in der Öffentlichkeit gesprochen wird, ist reichlich lang. In drei Monaten kann sich in den feindlichen Ländern vieles zu unserem Schaden verändern. Man muß in kürzerer Zeit zu Entschlüssen kommen können.“

Ludendorff sagte darauf: „Wenn jemand sagt, die russische Revolution sei ein Glücksfall für uns gewesen, so protestiere ich. Die Revolution in Rußland war kein Glücksfall, sondern die notwendige und notwendige Folge unserer Kriegführung.“

Ueber die russische Armee äußerte sich der Generalfeldmarschall: „Große Kampfhandlungen sind von ihr, soweit ich gegenwärtig urteilen kann, wohl kaum mehr zu erwarten. Natürlich läßt sich dies nicht mit Sicherheit voraussetzen. Vielleicht reißt in Rußland schließlich noch ein Gewaltmensch wie Nikolai Milolajewitsch oder von ihm-

Sylvias Ehe.

Roman von Erika Grupe-Vörcher.

(Kochbuch verboten.)
Der Admiral hielt einen Moment inne, er fühlte, daß es für Herbert peinlich sein mußte, so über Janatio Lajo sprechen zu hören, der doch Gründer der Apotheke und des Drogeriengeschäfts war. Er ergriff Herbert vertraulich am Arm und redete eindringlich auf ihn ein, während er ihn etwas beiseite führte: „Es ist gut, wenn die Apotheke von dem Besitz des Westens in Ihre Hände übergeht! Die spanische Regierung wird Ihre Unternehmungen gern verstaatlichen wird werden gern eine Staatsapotheke haben, deren Sitz in Manila ist und die anderen Apotheken des Archipels unter Kontrolle hat. Die ganze Sache kann ein jähes Ende nehmen, wenn Lajo sich noch mehr in politische Umtriebe mischt und sein Vermögen eines Tages zur Strafe konfisziert wird! Glauben Sie mir, daß ich Ihnen nur einen wohlmeinenden Rat gebe!“

Herbert gab ihm im Stillen recht, denn in den letzten Wochen hatte er selbst ähnliche Gedanken erwoogen. Aber es widerstand ihm, gegen Janatio irgendwelchen Schritt zu unternehmen. So war es Herbert doppelt angenehm, als mehrere der Anwesenden aufstanden und sich von Sylvia zu verabschieden begannen. Er erwiderte dem Admiral eine dankende Worte für sein Interesse, mit der Versicherung sich die Angelegenheit zu überlegen.

Der Verzeiger der Prozedur war beendet, und die Gäste begannen sich in lauter Bewunderung über den Glanz und das reiche Gewerbe, das ihnen eine willkommene Augenweide geboten hatte.

Als Herbert die Gäste über das große Treppenhaus hinunter an die Equipagen in der Einfahrt führte, schlug ihnen den draußen eine Glühwelle entgegen.

„Die Hitze ist geradezu unnatürlich!“, meinte der Admiral zu Herbert, „aus dem Inneren kam heute eine Mitteilung, daß man leichte Erdstöße verspürt hätte — ich weiß nicht, ob was davon wahr ist! Aber jedenfalls kann man in diesem gesegneten Lande froh sein, wenn es nicht wackelt!“ lachte er halb laut hinzu. „Sind Sie auf den tagalischen Diener, der die Equipagen für Sie hielt.“

Als der Admiral mit seiner Gattin eben fortzufahren waten, kamen die Contis als letzte die Treppe herunter. Herbert hatte gesehen, daß Mercedes oben am Treppenaufgang ihrer Mutter lachend etwas zugeflüstert hatte. Und als sie ihm beim Verabschieden mit einem lächelnden mosanten Lächeln die Hand bot, fühlte er, daß Mercedes Worten doch eine tiefere Absicht beizumessen sei. Wie kam Mercedes zu der Vermutung, daß Sylvia schon früher Herrn von Holt gefannt haben sollte? Zum erstenmal stieg er Argwohn gegen Sylvia in ihm auf.

Als er in das Wohnzimmer im Entresol zurückkehrte, fand er es leer. Unschlüssig ging er mehrmals auf und ab und erwog, ob er Sylvia fragen sollte, aus welchem Anlaß Mercedes ihre Meinung getau hatte. Ein ingrimmiger Born packte ihn nicht nur gegen Sylvia, daß sie so verschlossen blieb, sondern gegen sich selbst, daß er sie von Tag zu Tag mehr liebte, daß der Gedanke an sie ihn fast keine Stunde verließ, daß er keine Kraft fand, diesem unerbittlichen Zustande ein Ende zu bereiten. Aber er fürchtete voll Vagen, sie könnte von ihm gehen und er sie ganz verlieren.

Jedoch der Argwohn, den Mercedes gefaßt, trieb ihn zum Entschluß. Wenn Sylvia ihn unwürdig hinterging? Er wollte sie fragen, Antwort fordern — er wollte sie sogar auffuchen — und mit ihr sprechen —

Da rief ihr Antonio zum Lunch. Im Speiseaal oben stand Sylvia wartend hinter ihrem Stuhl am Tisch. In dem großen Raum herrschte gedämpftes Zwielicht, denn die aus geschlossener Lusternschalen gebildeten Fenster waren nach den Lärm hin gegen die Hitze brünnelgelassen. Trotzdem sah Sylvia, daß Herbert mit einem ungewöhnlich verfinnerten Ausdruck eintrat. Er war auch beim Frühstück sehr wortfarg, während er sonst irgendeine Unterhaltung über die Vorgänge im Geschäft, über ihre Bekannten oder Ereignisse in Hamburg begann, die er Hamburger Zeitungen entnommen hatte.

Antonio, diskret und lautlos wie immer, schickte den wütenden misserierenden Diener unter einem Vorwand in die Küche zurück. Er fühlte, daß über dem wortfargen Frühstück eine besinnende Schwüle lag. Und da er sehr an Herbert hing, und er auch Sylvia seit jenem Zwischenfall beim Sabnenkampf herzlich ergaben war, wollte er der anderen Dienerschaft nicht Stoff zum Klatsch bieten, denn es würde ohnehin schon in der Küche über das fihle Verhältnis der Herrschaft gemunkelt.

Mit einem erbebenden, fast finsternen Ausdruck starrte Herbert vor sich hin, wie viele mit dem silbernen Serviettenband und durch den Speisenraum zu. Sylvia sah ihm mit niedergeschlagenen Augen gegenüber. Sie fühlte sich von Tag zu Tag niedriger, schlauer, gleichsam flügellos. Und wenn es jetzt nicht geschäftliche Urachen waren, die Herbert so finster machten, sondern wenn sich etwas Trostendes gegen sie selbst zusammenlag so sah sie dem allem mit bitterer Resignation entgegen. Denn unglücklicher, als sie sich jetzt in ihrer Zwitterstellung nach der Enttäuschung mit John Moer fühlte, konnte sie nicht werden.

Sie wartete jeden Moment, daß Herbert mit einer Frage mit einer Anklage, mit einem Vorwurf anfangen würde. Aber er schwieg bestarrt.

Da erhob sie sich, nachdem Antonio die geschlossenen Ringerschalen herumgereicht hatte, und sagte, indem sie sich bereits halb vom Tisch abwandte: „Ich bin ermüdet und werde mich jetzt einige Stunden hinlegen. Denn bei dieser ungewöhnlichen Hitze kann man ja vor Abend doch nichts anfangen!“

Und wieder sah Herbert ihr nach, als sie langsam durch den Speiseaal in ihr Zimmer ging — wie neulich an ihrem Hochzeitabend, als sie ihm entglitt! Wie viel hatte er im Stillen um sie gelitten, in der Hoffnung, sie dennoch ganz zu gewinnen! Und wie bitter überkam ihn jetzt die Erkenntnis, als er ihre Gestalt mit seinen Wägen umfing, daß er sie liebte, daß die Sehnsucht, eine glückliche Ehe mit ihr zu führen, für Momente alles andere verblissen ließ. Mit zusammengebissenen Zähnen sah er ihr nach; bis die Türen ihres Schlafzimmers leicht federnd hinter ihr zuschlugen. Dann stützte er den Kopf in die Hände, als er sich ganz allein in dem großen Saal sah, denn auch Antonio hatte sich in die Küche zurückgezogen.

Es entsackte ihn zur Mut, wenn er an Mercedes spöttisch lächelndes Gesicht, an ihre Frage dachte!

Endlich erhob sich Herbert. Er hob den Stuhl energisch beiseite und ging mit festen Schritten durch den Saal bis zur Tür von Sylvias Schlafzimmer, dann klopfte er an, kurz und energisch wie jemand, der fest gewillt ist, einzutreten, und der in dem Anklöpfen nur eine Pflicht der Höflichkeit erfüllt — „Wer da?“ Klang es von Krinnen zurück.

(Fortsetzung folgt.)

höher Art die Macht an sich und peitscht das kriegsmüde russische Heer zu einer letzten Anstrengung auf."

Das Gespräch wendet sich nunmehr dem Westen zu. Auch über die Lage an der Westfront kann ich mich voller Beruhigung und Zuversicht aussprechen," versicherte Hindenburg. Wir verteidigen uns dort, und verteidigen uns mit Erfolg. Allerdings ist es eine elastische Verteidigung, das bedeutet, daß wir uns nicht an jedes Stück Boden klammern, auf dem wir gerade stehen. Es kann vorkommen, daß wir auch einmal eine Stellung aufgeben, die uns das feindliche Feuer so zermalmte hat, daß sie nur mit kühnen Menschenopfern gehalten werden kann. In jedem Fall, wenn die deutsche Heeresleitung zur Ueberzeugung gelangt, daß der Wert des Lebens ihrer Soldaten höher ist als der Wert einer örtlich begrenzten, zerstückelten Stellung, werden unsere Gegner jedesmal einen Sieg. Wenn ihnen das Vergnügen macht, wir haben nichts dagegen. Sie mögen sich noch so viele Siege dieser Art zuschreiben, nach Belgien oder gar an den Rhein kommen sie nicht und werden sie niemals kommen."

Der russische Waffenstillstandsvorschlag.

O Berlin, 1. Dez. Die schwedische Gesandtschaft in Petersburg hat sich einer Kopenhagener Meldung des „L. A.“ zufolge auf Eruchen Trozkis bereit erklärt, die Vermittlung bei den Friedensverhandlungen zu übernehmen. Diese ist bereits eingeleitet, da die Gesandtschaft ein Telegramm mit dem Angebot des Waffenstillstandes zu Friedensverhandlungen abfandte.

Die Einstellung des Kampfes

WB. Amsterdam, 2. Dez. Nach einem hiesigen Blatt erfährt die „Times“ aus Petersburg: Krensko befahl den Armen, den Kampf einzustellen, aber auf der Hut zu sein, keine Verbrüderungen zu versuchen und das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten.

Ein Aufruf der Sozialrevolutionäre.

(1) Berlin, 3. Dez. Nach zuverlässigen Nachrichten veröffentlichten jetzt auch die Trudowiki und die Sozialrevolutionäre eine Aufrufe in ganz Rußland, in denen sie für einen sofortigen Friedensschluß eintreten.

Die Antwort Österreichs auf das russische Kauditelegamm.

WB. Wien, 1. Dez. (Meldung des L. und L. Korrespondenzbüros.) Die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf das russische Kauditelegamm vom 28. November wurde am 28. November, nachts funfenteleggraphisch nach Jarskoje Selo aufgegeben. Die genannte russische Funktionäre bestätigte den Empfang der Depesche am 30. November nachts durch Funkpruch.

Eine peinliche Anfrage.

WB. Berlin, 3. Dez. Laut „Berl. Tagebl.“ wird aus Petersburg gemeldet, Trozki teilte den Diplomaten der Alliierten mit, daß Deutschland bereit sei, auf allen Fronten in Unterhandlungen einzutreten, um zu einem demokratischen Frieden zu gelangen. Er fragt, ob sie den Unterhandlungen, die am Sonntag anfangen, beizuwohnen wünschten.

Wachsende Spannung mit England.

(1) Berlin, 2. Dez. Eine Kopenhagener Depesche des „Berl. Lokalanzeigers“ besagt: Da der englische Botschafter Buchanan auf das Schreiben Trozkis, worin aufgefordert wird, daß die in England internierten russischen Revolutionäre freigegeben, werden, keine Antwort erteilt hat, gab Trozki den Befehl, daß den englischen Untertanen in Rußland keine Erlaubnis gegeben werde, das Land zu verlassen. — Buchanan demontiert das Gerücht, wonach er Petersburg verlassen habe, oder die Stadt zu verlassen gedenke.

Eine Erklärung der englischen Regierung.

WB. Petersburg, 2. Dez. (Neuter). Vorbehaltlich der endgültigen Anweisungen der englischen Regierung, die noch nicht eingetroffen sind, wird folgende Erklärung veröffentlicht: Die Note Trozkis, die den Waffenstillstand vorschlägt, wurde der Botschaft 19 Stunden, nachdem der Oberkommandierende im Hauptquartier den Befehl zur sofortigen Eröffnung der Verhandlungen erhalten hatte, zugestellt. Die Alliierten haben sich also einer vollendeten Tatsache gegenüber, bei der sie nicht um Rat gefragt worden waren. Es ist für den Botschafter unmöglich, die Note zu beantworten, die eine von seiner eigenen Regierung nicht anerkannte Regierung an ihn gerichtet hat.

Der Protest der Entente.

WB. Petersburg, 2. Dez. (Neuter). Der amerikanische Militärbevollmächtigte in dem Hauptquartier des russischen Generalstabes übermittelte Duchonin einen energischen Protest der Vereinigten Staaten gegen den Abschluß eines Sonderwaffenstillstandes durch Rußland. Auch der französische Militärbevollmächtigte hat Duchonin mitgeteilt, daß Frankreich die Vollmacht der Volkskommissare nicht anerkennt und daß es das Vertrauen hege, daß das russische Oberkommando alle verbindlichen Verhandlungen ablehnen werde.

Die Haltung der Vereinigten Staaten.

O Berlin, 1. Dez. Im Zusammenhang mit den gestern gemeldeten Aeußerungen Trozkis kündigt, einer Berliner Meldung der „Vossischen Zeitung“ zufolge, die „Associated Press“ an, daß die Eröffnung von Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Mittelmächten von der Regierung der Vereinigten Staaten als feindlicher Akt angesehen würde. Es wäre für Amerika in diesem Falle einfach unmöglich, Rußland im weiteren Verlaufe des Krieges als eine neutrale Macht anzusehen. Eine sofortige reinliche Scheidung wäre bei weitem vorzuziehen.

WB. Bern, 2. Dez. Der „Matin“ meldet aus New York: Die Regierung der Vereinigten Staaten werde auf die Note Trozkis nicht erwidern und lediglich ihren Empfang bestätigen.

WB. Bern, 1. Dez. Der „Bund“ schreibt: Die Friedensbotschaft der maximalistischen Regierung Rußlands ist ein weltgeschichtliches Dokument erster Ordnung, das die Geschichte der Menschheit in den ersten Momenten der Geschichte wendet sich die Regierung eines im Kriege stehenden Volkes über die leitenden Staatsmänner der anderen Staaten hinweg an die Völker der kriegführenden Länder und fordert sie auf, dem gegenseitigen Zerfleischen ein Ende zu machen. Und dies geschieht im gleichen Augenblick, da die Verbindeten Rußlands in Paris Konferenzen darüber abhalten, wie der Krieg mit Anspannung aller Kräfte zu einem für die Entente siegreichen Ende durchgeführt werden könne. Größere Gegenüber innerhalb eines Staatenbundes sind nicht denkbar. Ob der Schritt wirklich zum allgemeinen Frieden führt, ist heute noch nicht abzusehen; die Anzeichen sprechen eher dagegen als dafür. Aber eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung bleibt die Friedensbotschaft doch.

Das neue Rußland.

O Berlin, 1. Dez. Laut „Pravda“ hat nach einer Wiener Meldung des „L. A.“ der Nationalitätenkommissar Stalin folgendes Programm festgesetzt:

1. Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker in Rußland.
2. Selbstbestimmungsrecht aller Völkernationen Rußlands bis zur Proklamierung ihrer Unabhängigkeit.
3. Abstellung aller Vorrechte einzelner Nationalitäten und Konfessionen.
4. Freie Entwicklung auch der nationalen Minderheiten.

Auflösung der Petersburger Gemeindevertretung.

WB. Petersburg, 2. Dez. (Neuter). Ein maximalistischer Erlass ordnet die Auflösung der Petersburger Gemeindevertretung an und setzt die Neuwahlen auf den 9. Dezember fest.

Flucht des Generals Duchonin.

WB. Wien, 1. Dez. Von einem besonderen Korrespondenten wird gemeldet: General Duchonin und die militärischen Vertreter der Entente sind aus dem russischen Hauptquartier geflohen. Die Radiostation des russischen Großen Hauptquartiers ist in Händen der Maximalisten.

Maflakow seines Amtes enthoben.

WB. Petersburg, 2. Dez. Trozki hat den russischen Botschafter Maflakow seines Amtes enthoben und erklärt, daß Maflakows Teilnahme an der Konferenz der Alliierten ein Staatsverbrechen sein würde.

Kerenski.

(1) Stockholm, 1. Dez. (Kronf. Btg.) Nach einer aus Petersburg eingetroffenen Drahtmeldung wurde Kerenski in der Stadt Ladimir gefangen genommen.

Im Gegensatz hierzu berichten Petersburger Blätter, daß Kerenski nach Finnland geflohen sein soll.

Die verfassunggebende Versammlung.

WB. Amsterdam, 2. Dez. Neuter meldet aus Petersburg: Petersburg ist in der verfassunggebenden Versammlung unter anderen vertreten durch die Maximalisten Lenin, Trozki und Frau Kolontai, die Radetten Miljutow und Reditschew. Unter den gewählten Sozialrevolutionären befindet sich Tschernow. — Die maximalistischen Kommunisten haben die Militärakademien geschlossen.

Die russische Gesandtschaft in Kopenhagen.

WB. Kopenhagen, 2. Dez. Trozki hat die hiesige russische Gesandtschaft telegraphisch aufgefordert, unverzüglich zu antworten, ob sie sich dem neuen Regime anschließen, andernfalls habe sie sich als abgesetzt zu betrachten und die Geschäfte einem Mitglied der Gesandtschaft zu übergeben, das bereit sei, dem neuen Rußland zu dienen. Die Gesandtschaft beschloß, das Telegramm Trozkis unbeantwortet zu lassen.

Das unabhängige Sibirien.

WB. Amsterdam, 1. Dez. Ein hiesiges Blatt meldet aus London: Nach eingelaufenen Berichten werde Sibirien sich unter Führung Kowalews unabhängig erklären. Die Minister seien bereits ernannt worden. Die neue Regierung werde überall sympatisch begrüßt. In einer Anzahl von Orten werde die sibirische Flaga. — Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung erwannen, wie die „Times“ aus Petersburg melden, die Maximalisten 6 die Kadetten 4, die Sozialrevolutionäre 2 Sitze, die anderen Parteien keinen Sitz. Die Maximalisten sind im Besitz der Reichsbank. Alle anderen Banken sind geschlossen.

Der Brief Lansdownes.

WB. London, 30. Nov. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Lansdowne sagte im Gespräch mit einem Vertreter des „Daily Express“: Ich wünsche, daß ungewidmet feststeht, daß mein Brief nur meine Ansichten ausdrückt. Ich hatte mit niemandem über ihn beratschlagt. Die Meinung, die verbreitet worden ist, daß mir Vorschläge von anderen Personen gemacht wurden, ist abgelehnt. Ich wünsche, daß in Abrede zu stellen.

WB. London, 1. Dez. (Neuter). Chamberlain erklärte in einer Rede in Northampton, Lansdownes Brief für höchst unangelegentlich. England werde seinen Worten treu bleiben, solange seine Alliierten ihre Verpflichtungen erfüllen werden. Friedensverhandlungen seien erst möglich, wenn Deutschland sich gänzlich ändere oder England militärisch in der Lage sei, die Friedensbedingungen zu diktieren.

Bonar Law gegen Lansdowne.

WB. London, 30. Nov. (Neuter). 1500 Vertreter konservativer und unionistischer Vereinigungen aus allen Landesteilen mißbilligte den Brief Lord Lansdownes über die Friedensausichten und erklärt ihre feste Einigkeit in den Kriegszwecken der Verbündeten, wie sie durch den Premierminister, durch Bonar Law und Asquith festgelegt worden seien. Im Laufe seiner Rede sagte Bonar Law: Nicht, daß wir den Frieden nicht wünschen! Es ist furchtbar, die Fortsetzung des Krieges voraussehen zu dürfen und wir alle einig. Wenn wir jetzt Frieden schließen, was würde das heißen? Es würde bedeuten, daß gerade die Männer, die nach meinem Urteil das größte Verbrechen in der Geschichte begangen haben, begangen haben, daß gerade die Männer, die die Welt in all diese Qual und dieses Elend gestürzt haben, weiter in der Möglichkeit gelassen würden, mit demselben Werkzeug das Fels von neuem zu tun, wenn immer in Zukunft die Gelegenheit dazu ergäbe. Ein auf Lansdownescher Grundlage geschlossener Frieden würde tatsächlich eine Niederlage für die Entente bedeuten. Im Laufe seiner Rede erklärte Bonar Law noch: Ich sehe die leichteste Gefahr, die uns nicht bedrohen werden, aber wenn diese friedensfreundliche Bewegung durch Lord Lansdownes Brief angefaßt wird und eine Wendung nehmen sollte, die es der Regierung unmöglich machen würde, sich auf die Genehmigung der notwendigen Kriegsmassnahmen durch das Unterhaus zu verlassen, so würde der Regierung nur noch ein Weg offen stehen. Um diesen Krieg zu gewinnen, muß die Regierung die Sicherheit haben, daß sie das Volk hinter sich hat. Wenn wir sie nicht haben, können wir keinen Erfolg haben. Bonar Law schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß die Regierung die volle Unterstützung des Volkes haben würde bei ihrem Entschluß, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen.

Splionage.

WB. Bern, 1. Dez. Zu der schwedischen Splionage im Dienste der französischen Militärdiktatur verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß die Hauptkennzeichen, die drei Brüder Löwina, die man gefandt hatte, am 22. November verhaftet worden sind. Sie gestanden ein, seit drei Monaten mit Hilfe eines Boten vom Stockholmer Haupttelegraphenamts, namens Rada, alle Staatstelegramme der deutschen, österreichischen, türkischen und bulgarischen Gesandtschaft dem französischen Militärdiktator zu haben.

(Bern, 1. Dez. (Weiterung der Schweizerischen Telegraphenagentur). Der englische Staatsangehörige Julian Grand, Zeitungsberichterstatler, wohnhaft in Bern, der in den ausländischen Presse Artikel über die schweizerischen Verhältnisse und Vorkommnisse veröffentlicht hatte, deren Inhalt vielfach unwohlig und geeignet war, in den Ententeländern eine den Schweiz feindliche Stimmung hervorzurufen, und der hierin von seiner Gattin Konstanze Alice geb. Barnicoat unterstützt wurde, erhielt vom Bundesrat eine Verwarnung und die Ausweisung aus dem Lande, falls beide sich weitere Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen würden.

Deutscher Reichstag.

WB. Berlin, 1. Dezember.

Am Bundesratsitz: Dr. Krauß, Graf Noebern, von Balaban, Dr. Schiffer.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 12.55 Uhr. Erster Punkt der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Feststellung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Jahr 1917. — Kreditvorlagen 15 Milliarden.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Noebern:

Die Kriegsteuer, die in erster Reihe zur Geranziehung der Kriegsgewinne bestimmt ist, wird ein Gesamtergebnis von rund 5 Milliarden Mark bringen. Das Resultat ist also erheblich besser, als im Vorjahre veranschlagt war. Man rechne dazu den Wehrbeitrag, das Ergebnis der Kriegsteuer und die übrigen, vom Reiche während des Krieges erhobenen neuen direkten Steuern, so ergibt sich ein Betrag von 6 Milliarden Mark. Nimmt man ferner dazu die Erhöhung der direkten Steuern in den Bundesstaaten und Kommunen, so erhält man eine Summe von 3 Milliarden Mark, die in der Kriegszeit bisher von besonderen Kriegsteuern aufgebracht sind. Diese Steuern sollen zur Deckung der steigenden Zinsschulden dienen und reichen dazu vollkommen aus. Der Staatssekretär berichtete sodann Zerstörer seines englischen Kollegen, Bonar Law, wies darauf hin, daß die in England bereits geschaffenen neuen Einnahmen nicht zur Deckung der Ausgaben nach dem Kriege reichen werden, da die Kriegsgewinnsteuer nach dem Kriege in Fortfall kommt und die Einkommensteuern verringert werden sollen. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß der englische Staatssekretär bei seinem Vergleich mit Deutschland alle an die Bundesgenossen geleisteten Vorküsse abzieht und nur die Restsumme als tatsächliche Kriegsausgaben zum Vergleich heranzieht mit unseren dabei bewilligten Krediten. Noch bedenkllicher ist die vollends aus der Luft gegriffene Behauptung, wir rechneten unsere Vorküsse an die Verbündeten nicht in die bewilligten Kreditsummen ein. Englische Blätter behaupten bereits, England könne genötigt sein, die 26 Milliarden Vorküsse an die Verbündeten in den Reichsausgaben zu schreiben. Zu die deutschen Kredite sind alle Summen, die zur Stärkung der Finanzen unserer Bundesgenossen verausgabt sind, miteinhalten.

Im Anschluß an das erfreuliche Ergebnis der siebten Kriegsanleihe danke ich der großen Zahl der freiwilligen Helfer, der Presse, den Banken und Sparkassen, sowie dem Heere, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis gefördert hat, im Namen der Regierung. Das große Ergebnis der Anleihe ist ein Beweis dafür, daß die Art unserer Kriegsbilanzierung im Einvernehmen geschieht mit dem deutschen Volke und mit dem hohen Gange. Ich bin mir bewußt, daß auch auf finanziellen Gebieten die größten Aufgaben noch vor uns liegen. Ich denke aber, daß wir das bisher verfolgte Programm organisch entwickeln werden im vollen Einvernehmen mit den Finanzverwaltungen aller Bundesstaaten und unter voller Berücksichtigung aller volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte. Deshalb halte ich für mein Bestes ein enghes Zusammenarbeiten mit dem neugebildeten Reichswirtschaftsrat für dringend erforderlich. Der Wille ist da, es wird sich auch der Weg finden. (Beifall.)

Hg. Ober (Soz.):

Das russische Angebot ist als erster Schritt zum Frieden zu begrüßen. Wir hätten gerne, daß der Reichstagler sich guttunend erklärt hat. Die russischen Vorschläge beruhen auf dem Prinzip „ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“ Die neue Reichsregierung sieht ebenfalls auf dem Boden der Antwort auf die Basislinie. Wir erwarten, daß sie sich bei den Friedensverhandlungen streng an diese Grundlinie hält. Lord George und Clemenceau wollen Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten, deshalb bewilligen wir die geforderten Kriegszuschüsse, wir fordern aber auch, daß die Regierung alles tut, um die Volkswirtschaft zu sichern. Die Waage der Soldaten müssen baldigst aufgebessert werden. Für die Witwen und Waisen für unsere Gefallenen muß gründlich gesorgt werden. Die Kriegsgewinne müssen reiflos erfasst werden. Öffentlich wird den Völkern bald der Frieden gegeben. (Beifall links.)

Hg. Lebedor (L. Soz.):

Für die Anwaltschaft muß rechtzeitig gesorgt werden, ein genügendes Einkommen muß ihnen gesichert werden. Die Bezüge der Soldaten müssen aufgebessert werden. Eine Verbesserung der Eisenbahnschienen für Soldaten darf nicht eintreten. Eine Verbesserung der Eisenbahnschienen der Regierung zu Friedensverhandlungen, sind aber über die Art, wie sie eingeleitet werden sollen, nicht beschiedigt. Ueber das Schicksal der Offizierswitwen darf nicht über die Köpfe der Liturier und Letzten hinweg hinweggeschoben werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht eingeschränkt werden. Der junterlich zusammengefasste russische Landtag hat ebenfalls das Recht für die Bevölkerung zu sprechen, wie der medienburgische Landtag. Wir lehnen die Vorlage ab, um so den Frieden zu erzwingen.

Hg. Graf Westarp (kons.):

Die Forderung nach einer Förderung der Landwirtschaft, sondern eine militärische Notwendigkeit. Letzteren bei den Friedensverhandlungen muß das Interesse der Zukunft des Deutschen Reiches sein.

General Langemann von Erlangen:

Die Novelle zum Versorgungsrecht ist fertiggestellt. Jetzt schweben Verhandlungen mit den Zivilisten. Wir wollen das Los der Kriegserkrankten verbessern. Die Kriegswirtschaft und Hinterbliebenen sollen folgen können: Das Vaterland, für das wir gekämpft haben, dem wir unter tiefster Hingebung haben, sorgt für uns.

Hg. Seyba (Folk):

Wir begrüßen die Erklärungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die bisher unter zartem Regiment standen.

Hg. Dr. David (Soz.):

Die Sicherheit des Deutschen Reiches wird durch die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise gefährdet. Der Reichsanwalt betruht den Saal. Gätten wir im August 1914 nach dem Regret der Unabhängigkeit die Kredite abgelehnt, so wären jetzt in Petersburg nicht die Volkswirtschaft am Regiment, sondern der siegreiche Zar. (Beifall auf allen Seiten.) Wie richtig unsere Politik ist, beweist die Leistung der Engländer und Franzosen.

Hg. Zimmermann (natl.):

Die Friedensverhandlungen mit Rußland müssen so geführt werden, daß Deutschland alles dort verlorene Geld und Gut wieder bekommt.

Hg. Graf Westarp (kons.):

Bei dem Vorgehen gegen den Staatssekretär von Balaban handelt es sich um eine Machtprobe der Sozialdemokraten.

Hg. Lebedor (L. Soz.):

Die Bewilligung der Kreditvorlage ist nicht als eine Vertrauensstimmgebung für die Regierung. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe im ganzen Hause.)

Letzte Drahtberichte.

Wien, 2. Dez. Die italienische Grenze ist Sonntag nachmittag 3 Uhr wieder geschlossen worden.
Wien, 2. Dez. Der „Tempo“ meldet, der italienische Botschafter in Petersburg Marcese Carloti sei in Paris eingetroffen.
Berlin, 2. Dez. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge werden italienische Zeitungen, das „Mascagni“ Nachrichten haben, sein Sohn Dino sei in österreichische Kriegsgefangenschaft geraten.

Eine türkische Konferenz.

Konstantinopel, 2. Dez. (Verspätet eingetroffen.) Den Wählern zufolge sind gestern die Abgeordneten der Partei für Einheit und Fortschritt in Anwesenheit des Großvezirs und der Kammer zu einer Konferenz zusammengetreten, in der in ausführlicher Weise sämtliche Gegenwärtigen besprochen wurden.

Keine Neuwahlen in Frankreich.

Wien, 2. Dez. „Progres de Lyon“ meldet aus Paris: Ein Gesetzesentwurf der Regierung über die Verlängerung des Mandates der Kammer ist jetzt fertig, das Mandat bis sechs Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten verlängert werde.

Die Pariser Konferenz.

Wien, 2. Dez. Die Pariser Konferenz wird von der französischen Presse eingehend besprochen. Die Verhandlungen der Konferenz erstrecken sich, wie die Presse weiß, auf das russische Problem und eine etwaige Note bezug. Proklamator der Entente an das russische Volk. Die Wähler warnen vor dem Abbruch der Beziehungen zum russischen Volk, das von den Sozialisten verführt sei. — „Radical“ fragt, was die Westmächte tun wollten, um die 14 Milliarden, die sie Russland geliehen hätten, gegen die Forderung für diese Milliarden zu sichern. — Der „Courrier“ verlangt, daß man mit allen Mitteln, mit militärischer Diplomatie und wirtschaftlicher Gewalt gegen die Zustände in Russland vorgehe.

Fransösische Verpflegungsschwierigkeiten.

Wien, 2. Dez. Der französische Verpflegungsminister Horet erklärte, wie die Wähler melden, Pressevertretern, es sei unbedingt nötig, sich in den kommenden Monaten noch entschweren einzuschränken, damit zur Vermeidung der Unterbrechung der Verpflegung die notwendigen Vorräte eingelagert werden könnten. Die Lage sei sehr ernst.

Wilson an den König von Rumänien.

Washington, 2. Dez. (Neuermeldung.) Präsident Wilson hat an den König von Rumänien folgendes Telegramm geschickt: Das Volk der Vereinigten Staaten verfolgt mit den wärmsten Gefühlen von Sympathie und Bewunderung, wie mutig der König und das Volk von Rumänien kämpfen, um ihre nationale Selbständigkeit und Freiheit vor der Herrschaft des deutschen Militarismus zu behaupten. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist entschlossen, Rumänien in seinem Kampfe weiter beizustehen. Gleichzeitig möchte ich Ew. Majestät versichern, daß die Vereinigten Staaten Rumänien nach dem Kriege so weitgehend wie möglich unterstützen werden und daß sie bei den schließlichen Friedensverhandlungen alle ihre Bemühungen darauf richten werden, um sicherzustellen, daß Rumänien seine Selbständigkeit als freie und unabhängige Nation völlig gewahrt bleibt.

Feindliche Lügen.

Wien, 1. Dez. Der Junkpruch Lyon vom 10. November meldet auf Grund einer Notiz der „Straßburger Post“, daß die deutsche Militärverwaltung die jungen elsässischen Mädchen zur Arbeit an die Front zwinge, darunter sogar solche, die das 17. Lebensjahr noch nicht erreicht hätten. Die Mädchen seien jeder Möglichkeit ausgesetzt und sollten in moralischer und religiöser Hinsicht unter Aufsicht gestellt werden. Jede Weigerung, sich an den militärischen Arbeiten zu beteiligen, würde streng bestraft. Diese französische Tendenzmeldung ist eine offensichtliche Entstellung der Tatsachen. Die Mädchen, die auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 und späterer Bestimmungen zu den Rotlandsarbeiten herangezogen werden, sind Berufsarbeiterinnen, die für Arbeitsverweigerung selbstverständlich bestraft werden, wie es entsprechend dem französischen Gesetz vom 3. Juni 1877 Artikel 21 vordahreibt. Die Weigerung meldet sich jedoch freiwillig. Die Mädchen sind sittlichen Gefahren bei der Arbeit keineswegs ausgesetzt, da sie von den Männern getrennt in besonderen gutgebaute Baracken untergebracht sind und von Schwestern, Fürsorgefrauen und Geistlichen betreut werden.

Lotterie.

Wien, 30. Nov. Königlich Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. In der Vormittagsziehung fielen 15 000 M auf Nr. 199933, 10 000 M auf Nr. 28010, 5000 M auf Nr. 103331, 158424, 3000 M auf Nr. 8883 9519 10824 14867 20394 31248 31336 32996 37338 38207 39710 40629 41512 45910 52747 53688 57946 59419 60563 63545 69846 102063 106283 135140 135401 159325 165977 170366 173317 176139 178992 185211 186418 197878 202897 210639 212815 218435 221821 226304.
Nachmittagsziehung. 10 000 M fielen auf Nr. 178537, 5000 M auf Nr. 1301 38565 64140 85153 131524 179950, 3000 M auf Nr. 4367 14715 20447 21443 23227 25000 25819 39294 39413 45498 49189 50894 59051 64739 68639 81113 83359 90280 97551 105251 110965 113437 114761 126928 127190 157672 182181 198715 205654 212715 223843 227386 230048. (Ohne Gewähr.)

Kleine Mittelungen.

Berlin, 1. Dez. (Privat.) Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus München: 416 Maltschieberprozesse sind nach Mitteilung des Justizministers im Landtag bisher in Bayern verhandelt worden. Die Geldstrafen, die verhängt wurden, haben bereits die Gesamtsumme von 5400 000 M erreicht. 156 ähnliche Prozesse schweben noch.

Sturmflut in Hamburg.

Hamburg, 2. Dez. Hamburg und das Küstengebiet der Elbe ist von einer Sturmflut heimgesucht worden, die am Sonntag bei West-Nord-West, Stärke 9, einen Wasserstand von 18 Fuß 1 Zoll brachte, wogegen der normale Wasserstand bei Hamburg 8 Fuß beträgt. Der Krampfbetrieb am Hafen mußte eingestellt werden. Die Feuerwehrring war stark in Anspruch genommen, um die Ueberflutung von 300 000 m² Wasser frei zu machen.

Aus den Ständebüchern der Stadt Karlsruhe.

30. Nov. Franz Silber von Böllingen, Fabrikarbeiter in Böllingen, mit Lina Fränkle von hier; Gustav Komprecht von Hagenbach, Schlosser hier, mit Rosa Sebold von Böllingen.
Todesfälle.
30. Nov. Christoph Nitz, Weingärtner, Witwer, 86 J. — 1. Dez. Emil Nische, Monteur, ledig, 23 J.; Franz Walz, Wagner, Ehemann, 50 Jahre.

Weitere Ereignisse zur See.

Madrid, 29. Nov. „Imparcial“ meldet: Unterseeboote versenkten in den letzten Tagen das spanische Segelboot „Luzon“ aus Barcelona, den französischen 4000 Tonnen-Dampfer „Romone“ mit Erz und Wein von Oren nach Brest in der Nähe der Insel Madeira und den amerikanischen Dampfer „Zangara“ St. Robert mit Weizenladung.

Norwegen, 2. Dez. Das Ministerium des Meeresverkehrs mit dem dänische Dampfer „Bera“ auf der Reise von England nach Saint Malo mit Kohle wurde am 28. November versenkt. Zwei Mann der Besatzung werden vermisst, der Rest ist in Dartmouth gelandet.

Berlin, 12. Nov. (Nicht amtlich.) Nach zuverlässigen Nachrichten wurde das holländische Motorschiff „Blissingen“, das am 14. November die Besatzung des Nordhinder Feuerboots abließ, auf der Rückfahrt von einem englischen Zerstörer beschossen. Die Granaten schlugen dicht vor und hinter dem Motorschiff ein, ohne es zu treffen. Ueber diesen Zwischenfall ist bisher nichts in die holländischen Zeitungen gedrungen.

Rotterdam, 1. Dez. „Measbode“ meldet: Der amerikanische Segler „Frontenac“, 1704 Bruttotonnen, wurde auf See verlassen. Der amerikanische Dampfer „Mariposa“, 3158 Bruttotonnen, ist gesunken, ebenso der englische Dampfer „Sageon“, 501 Bruttotonnen. Der englische Segler „Carrie Bell“, 136 Tonnen der norwegische Dampfer „Telegraf“, 797 Tonnen sind tot geworden. Der französische Dampfer „Alma“, 2294 Tonnen gesunken. Der schwedische Segler „Alma“ und der niederländische Segler „Zwaluw“ sind getrandet.

Wien, 2. Dez. Der „Matin“ meldet aus Le Havre: Der französische Dampfer „Cabourg“ ist mit dem englischen Dampfer „Ellington“ zusammengestoßen. Drei Engländer erlitten Verletzungen. Ueber das Schicksal des Schiffes ist nichts bekannt geworden.

Wien, 2. Dez. Nach Blättern aus Cartagena ist der englische Dampfer „Sheffield“ (3000 Tonnen) mit Kohlen nach Italien unterwegs, nachts mit einem unbekanntem Dampfer zusammengestoßen und wahrscheinlich untergegangen.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, den 3. Dezember 1917.

Der Geburtstag der Großherzogin Luise fällt heute zum vierten Male in die schwere Kriegszeit. In aufrichtiger Verehrung denken alle Wabener der hohen Frau, die unermüdet hingehend und fürsorgend mitteilt, die schweren Wunden und das schwere Leid, das dieser Krieg schlägt, zu lindern. Großherzogin Luise hat sich von ihrer Erkrankung im vorigen Jahr erfreulicherweise wieder so erholt, daß sie schon seit Monaten ihre Kranken- und Lazarettbesuche ausführen, regelmäßig an den Sitzungen des roten Kreuzes und anderer Wohlfahrtsvereinigungen teilnehmen kann. Was Großherzogin Luise alles an stiller Fürsorge leistet, wird ihr ebenso unversehrt bleiben wie ihre umfassende Tätigkeit in breiter Öffentlichkeit. Mit innigen Dank verbindet das badische Volk die herzlichsten Wünsche für Großherzogin Luise, die am heutigen Tage in ihr 80. Lebensjahr eintritt. Möge es ihr vergönnt sein, noch recht lange in ungeminderter Kraft am stolzen Bau ihres Lebenswerkes mitarbeiten zum Segen der gesamten badischen Heimat!

Der erste Sonntag im Dezember, zugleich der erste Adventssonntag, brachte uns den ersten Schnee. Schon in den Nachmittagsstunden machten sich die Anzeichen des leichten Schneefalles bemerkbar, aber erst in der Nacht kam es zu ausgiebigen Niederschlägen, so daß heute in der Frühe die Dächer und die Straßen eine geschlossene Schneedecke trugen. Der Winter hat also seine Herrschaft angetreten.

Die Beleuchtung der Eisenbahnzüge. Salbamtlich wird mitgeteilt: Der Fiegegefahr wegen mußte die Verdunklung und Abblendung in möglichst weitgehendem Maße mit kurzer Frist auch auf die Bahnanlagen und Eisenbahnfahrzeuge ausgedehnt werden. Die Erfahrung hat indes gezeigt, daß so weit gehende Verdunklung für den Eisenbahnbetrieb und Verkehr erhebliche Unzutraglichkeiten mit sich bringt. Die Eisenbahndirektion hat deshalb inzwischen eine beschränkte Innenbeleuchtung der Fahrzeuge in die Wege geleitet, die genügt, um den Reisenden das Ausfinden im Wagen zu gestatten und für tünliche Aufrechterhaltung der Ordnung in den Wagen zu sorgen, nach außen aber möglichst wenig Licht gelangen läßt. Reichlich ein Drittel der Wagen hat diese Innenbeleuchtung bereits erhalten; der Rest wird voraussichtlich im Laufe der ersten Dezember-Woche damit versehen werden.

Vollzählung. Seit 1. Dezember werden die Haushaltungslisten für die Volkszählung von der Schulmannschaft verteilt. Wie aus der Bekanntmachung des Bürgermeisters vom 28. November hervorgeht, werden in jedem Hause die nötigen Listen bei einer Hausbesuchung abgegeben, die sie dann umgeben an die übrigen Haushaltungen weitergegeben wird. Es ist dringend erwünscht, daß sich jeder Haushaltungsmitglied alsbald mit dem Inhalt der Haushaltungslisten vertraut macht. Man sorge dafür, daß die Liste sauber bleibt und nicht verlegt wird. Weitere Einzelheiten über die Zählung sind der Bekanntmachung des Bürgermeisters zu entnehmen.

Rückzahlung. In diesen Tagen werden der Bekanntmachung des Bürgermeisters vom 28. November zufolge die am 1. Dezember vorhandenen Viehbestände festgestellt. Die Erhebung wird in der üblichen Weise durch die Schulmannschaft von Haus zu Haus vorgenommen. Wer bis einschließl. 6. Dezember nicht befragt sein sollte, ist verpflichtet, dies mündlich oder schriftlich am 7. Dezember beim städt. Statistischem Amt, Jägerstraße 99, in den Vororten bei den Gemeindefunktionären, zu melden.

Die Höchstpreise für Butter und Butterschmalz wurden durch die Bekanntmachung des Groß. Ministeriums des Innern vom 30. November 1917 neu festgesetzt. Während die Herstellungspreise die gleichen wie bisher geblieben sind, mußten die Zuschläge für den Weiterverkauf wegen der erhöhten Kosten für die Sammlung und Verteilung der Butter erhöht werden. Gleichzeitig wurden die mit außerordentlichen Butter lieferten Kommunalverbände ermächtigt, einen einheitlichen Kleinhandelspreis für sämtliche Butterarten (soweit auch außerordentliche Butter in Betracht kommt) mit Zustimmung der Landesstellen festzusetzen.

Abg. David (Soz.).

Gerade die russische Revolution hat die Wichtigkeit unserer Politik hervorgehoben. Sie wäre nicht gekommen, wenn die Entente uns befehl hätte. Die Verschmelzung der russischen Truppen ist mit unser Besten, nicht das der unabhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Haase (U. Soz.).

Traktat und Lenin haben sich nicht für unsere Politik ausgesprochen. Hierauf wird die Kreditvorlage in dritter Lesung gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. (Zehlfacher Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Beschling (B. Sp.) auf Abänderung des Kohlensteuergesetzes, wonach den Gemeinden für die Hausbrandversorgung finanzielle Erleichterung gewährt werden sollen, in allen drei Lesungen angenommen, nachdem Staatssekretär Graf Bredow die Zustimmung der verbündeten Regierungen in Aussicht gestellt hat.

Sodann tritt Beratung ein.
Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte um die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbstständig zu bestimmen. Eine längere Pause ist nicht beabsichtigt.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir müssen jetzt beisammen bleiben. Die Situation duldet es nicht, daß wir uns jetzt nach Hause schicken lassen. Stoff zu Beratungen haben wir genügend. Die nächste Sitzung kann Montag oder Dienstag stattfinden.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Ich kann mich diesen Ausführungen nur anschließen.

Abg. Stresemann (nobl.): Ausgeschlossen wird der Reichstag nicht werden, er läßt sich aber schnell wieder zusammenberufen. Das wird der Präsident nicht verhindern.

Abg. Fischel (B. Sp.): Es handelt sich nicht um eine längere Vertagung. Ich bitte deshalb, es beim Vorschlag des Präsidenten zu belassen.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Mehrere Herren der neuen Regierung haben noch keine Gelegenheit gehabt, ihr Programm zu entwickeln. Ich appelliere an das Pflichtgefühl des Hauses und beantrage, schon übermorgen wieder zusammenzutreten.

Abg. Bredow (B. Sp.): Die Öffentlichkeit ist erfüllt von den großen Fragen der Gegenwart. Die Besprechung unserer Interpellation über den selbständigen gewerkschaftlichen Mittelstand würde jetzt nicht die richtige Würdigung finden. Der Appell an unser Pflichtgefühl ist nicht nötig.
Abg. Graf Bismarck (kons.): Wir schließen uns dem Vorschlag des Präsidenten an.
Das Haus beschließt, dem Vorschlag des Präsidenten entsprechend die Festsetzung des Tages und der Tagesordnung der nächsten Sitzung dem Präsidenten zu überlassen.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Eine Anfrage.

Wien, 1. Dez. Der Reichstagsabg. Dr. Müller-Meinungen hat folgende Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um rascher, jedenfalls vor Eintritt des Winters, die längstgegebene Zusage der französischen Regierung betreffs Freilassung der völkerverwundrig in Frankreich zurückgebliebenen elässischen Geiseln (auch Frauen und Kinder) durchzuführen?

Der Hauptausschuß.

Wien, 1. Dez. Der Hauptausschuß des Reichstags trat nach der Vollversammlung wieder zusammen, um von den Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen, von Bühlmann, entgegenzunehmen. Nach kurzer Dauer wurde die Sitzung geschlossen. Der Termin für die nächste Sitzung wurde offen gehalten. Je nachdem sich die politische Lage gestaltet, wird der Ausschuß früher oder später wieder zusammentreten.

Der Hauptausschuß nahm in seiner Erörterung sodann, nach der Begründung durch einen nationalliberalen Redner, einen gemeinsamen Antrag einstimmig an, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage der Preise für Kriegslieferungen, für Lieferungen ins Ausland während des Krieges und der Kriegesgesellschaften betrifft. Staatssekretär Fischer von Stein erklärte sich bereit, dem hier vorgeschlagenen Ausschuss jede mögliche Auskunft über die Kriegesgesellschaften zu geben, nur hat er, die Verhandlungen nicht schon in den nächsten Tagen zu beginnen, da er das Kriegswirtschaftsamt einrichten habe, wenn nicht wichtige Arbeiten eine Verzögerung erleiden sollten.

Die Kohlenversorgung.

Wien, 1. Dez. Der Hauptausschuß des Reichstags hielt eine erneute Aussprache über die Kohlenversorgung. Der Vertreter des Reichskohlenkommissars erklärte, die Kohlendeckung sei befriedigend, nicht ausreichend, so daß überall Einschränkungen geboten seien, auch beim Hausbrand. Für das Reichskohlenkommissariat sei es keine geringe Aufgabe gewesen, ein Verteilungssystem aufzustellen.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Wien, 1. Dez. Der Ältestenausschuß des Reichstags trat heute nach 1/2 Uhr zu einer Besprechung zusammen, die sich so sehr hinausgezögerte, daß eine Verkürzung des Beginn der Vollversammlung um 1 1/2 Stunde erforderlich wurde. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß der Reichstag sich heute vertagt und dem Präsidenten zur Berufung der nächsten Sitzung freie Hand gelassen wird. Die nächste Sitzung ist für Mitte Januar vorgesehen, sofern nicht die politische Lage eine frühere Einberufung angezeigt erscheinen läßt. Der Hauptausschuß wird die kommende Woche bis zur Erledigung seiner Arbeiten verammelt bleiben.

Türkische Erfolge an der Sinaifront.

Konstantinopel, 30. Nov. (Amtlicher Tagesbericht.) Sinaifront: Die Kämpfe werden fortgesetzt. Südlich von Araba el Jebel, von der Küste bis El Tire stehen unsere Truppen erneut auf bestigen Widerstand. Sie wiesen alle feindlichen Angriffe ab. Weiter südlich bei Maalin ließen die Engländer mehrfach mit einer Infanterie- und einer Kavallerie-Division gegen unsere bis dort vorgedrungenen Truppen vor und wurden jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Kräftig setzten unsere Truppen auf dem rechten Flügel der Mittelgruppe die Angriffe fort. Schon vorgestern wurde von ihnen Betur el Foka genommen und gestern in der Richtung auf Betur el Tafa weiter vorgezogen.

Konstantinopel, 2. Dez. Amtlicher Bericht von gestern: Sinaifront: Der Kampf wurde fortgesetzt südlich Araba el Jebel und Araba el Jebel. Von der Küste bis El Tire stehen unsere Truppen erneut auf bestigen Widerstand. Sie wiesen alle feindlichen Angriffe ab. Weiter südlich bei Maalin ließen die Engländer mehrfach mit einer Infanterie- und einer Kavallerie-Division gegen unsere bis dort vorgedrungenen Truppen vor. Sie wurden jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Es war ein Chrenrag für das Infanterieregiment Nr. 77 und ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 153, die sich besonders auszeichneten. In diesen erbitterten Kämpfen wurden 1 Offizier und 20 Mann gefangen genommen. Kräftig setzten unsere Truppen auf dem rechten Flügel der Mittelgruppe ihre Angriffe fort. Schon vorgestern wurde von ihnen Betur el Foka genommen und gestern in Richtung Betur el Tafa weiter vorgezogen. Die Angriffe

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung vom 29. November 1917.

Unterbringung von Kindern in der Schweiz. Im Laufe dieses Sommers haben über 600 bedürftige Kinder unserer Stadt mehrwöchige feindliche Aufnahme und Pflege im benachbarten Schweizerland gefunden. Dieses wohlthätige Werk wurde ermöglicht durch die effiziente Tätigkeit dreier Schweizer Vereine, nämlich der Kommission für Hospitalisierung erholungsbedürftiger Kinder kriegsführender Staaten in Basel (Vorsitzender Herr Dr. Hans Bächtold in Basel), der Vereinigung zur Unterbringung deutscher Ferienkinder in der Schweiz (Vorsitzender Herr Buchdruckereibesitzer Karl Friedl in Zürich) und des Hilfsvereins für Familien deutscher Vaterlandsvertriebenen in Basel (Vorsitzende Frau Generalconsul Wunderrlich in Basel). Der Stadtrat spricht den Vorsitzenden der genannten Vereine und ihren Mitarbeiterinnen den herzlichsten Dank für die Stadt Karlsruhe für ihre Bemühungen aus und bittet sie, diesen Dank auch den Familien zu vermitteln, die die Kinder bei sich aufgenommen und in liebevoller Pflege gepflegt haben.

Glückwunsch. Der Kommandeur des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regis. Nr. 109, Oberstleutnant Freiherr von Forstner, dankt dem Oberbürgermeister für die ihm aus Anlass der Verteilung des Ordens Pour le mérite überlieferten Glückwünsche der Stadt Karlsruhe und erklärt, daß er die hohe Auszeichnung nur der Loyalität der badischen Landesöhne, unter denen sich so viele brave Karlsruher befinden, zu verdanken habe.

Ergänzung des Stadtrats. Der gemäß Par. 25 Abs. 3 der Städteordnung und Par. 47 Abs. 1 der Städteordnung an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Florian Mayer berufene Erbsmann, Geh. Hofrat Reumann, hat die Annahme des Amtes abgelehnt. Der Stadtrat hält die Ablehnung nach Par. 9 Ziffer 3 der Städteordnung für begründet. Da es an einem weiteren Erbsmann fehlt, ist eine Ersatzwahl durch den Bürgerausschuß vorzunehmen.

Kassenstunden der Stadthauptkasse. Die Stadthauptkasse — Abteilung A und B — ist durch die verminderten Arbeitskräfte genötigt, die Kassenstunden auf die Zeit von 8—12½ Uhr vormittags einzuschränken, damit die Beamten nachmittags ihre übrigen zeitverdienenden Arbeiten erledigen können. Durch die Einschränkung der Kassenstunden wird hin und wieder, insbesondere bei den allgemeinen Zahlungsterminen ein unvermeidlicher Andrang entstehen. Dem kann sich jeder leicht dadurch entziehen, daß er von der Möglichkeit der Ueberweisung seiner Zahlungen im Postfachverkehr oder durch Bank- oder Sparkasten-Giro-Konto Gebrauch macht. Die Stadthauptkasse Abt. A ist an den Postfachverkehr angeschlossen (Postfachamt Karlsruhe Nr. 3) und besitzt Giro-Konto Nr. 96 bei der Sparkasse; sie hat überdies laufende Bankrechnung bei der Badischen Bank und Reichsbank-Giro-Konto; die Stadthauptkasse — Abt. B — ist ebenfalls an den Postfachverkehr angeschlossen (Postfachamt Karlsruhe Nr. 3343) und besitzt Giro-Konto Nr. 104 bei der Sparkasse. Es ist daher den Zahlungspflichtigen reichlich Gelegenheit gegeben, ihre Zahlungspflicht gegenwärtig zu überweisen. Sie erleichtern sich selbst dadurch das Geschäft um so genügen einer vaterländischen Pflicht.

Kaffee-Erbsmittel. Gemäß Par. 9 Abs. 2 der Bundesratsverordnung über Kaffee-Erbsmittel vom 16. November ds. Js. wird der bisherige Preis für den von der Stadtgemeinde hergestellten sogenannten Kaffee-Erbs mit 1,45 M für die ¼ Pfund-Packung, der seitlich die Selbstkosten der Stadt deckt, in Abweichung von den Höchstpreisbestimmungen des Par. 3 der genannten Verordnung, vorläufig bis zum 31. Dezember ds. Js. ausgesetzt.

Schiedsstelle über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen. Nach der Bekanntmachung des Reichslandrats vom 2. November 1917 über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen sind Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern verpflichtet, eine Schiedsstelle zu errichten, welcher Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern über den Umfang des Gebrauchs und den Betrieb solcher Anlagen zum Austrag bringt. Insbesondere soll diese Stelle auch über das Vorgehen einer Mietminderung und sofortiger Vertragsauflösung entscheiden, wenn dieses mit der Einschränkung der Heizung zusammenhängt. Das Verfahren der Schiedsstelle ist übereinstimmend mit dem der Einigungsämter geregelt. Wie dort, ist insbesondere auch hier die Schiedsstelle berechtigt, Beweise zu erheben, Zeugen und Sachverständige einzuladen und Verfügungen an Eidesstatt entgegenzunehmen. Der Stadtrat beschließt, die hiernach für die hiesige Stadt zu errichtende Schiedsstelle dem Einigungsamt für die Stadt Karlsruhe anzuschließen.

Gleisanschluss an die Straßenbahnen. Da der Mangel an Pferden sich immer empfindlicher geltend macht, soll der Vagerplatz des städt. Tiefbauamts an der Durlacher Allee auch an die Straßenbahn — an die Staatsbahnen ist er bereits angeschlossen — angeschlossen werden. Die Kosten für diesen Gleisanschluss werden auf 21 100 M veranschlagt. Dem Tiefbauamt wird dadurch ermöglicht, die Baukosten von der Staatsbahn auf die Straßenbahn und umgekehrt umzuschlagen und sie mit letzterer weiterzuführen. Die Anlage soll, soweit möglich, auch für andere Interessenten nutzbar gemacht werden.

Winterfahrplan der Lokalbahnen. Der Werkszug Nr. 32 von Spöck nach Karlsruhe, der sabbatamäßig 6 Uhr 54 Min. nachmittags an der Salzhütte Waffenfabrik eintrifft, hat öfters größere Verspätungen (z. B. wegen starken Verkehrs, z. T. wegen längerem Haltens an der Eisenbahnkreuzung in Dagsfeld). Um den Arbeiter in der Fabrik und Munitionsfabrik den rechtzeitigen Antritt ihrer Schicht um 7 Uhr zu ermöglichen, wird dieser Zug zwischen Spöck und Lokalbahnhof Karlsruhe um 8, zwischen Lokalbahnhof und Waffenfabrik um

9 Minuten früher gelegt. Damit die Arbeiter von Vogel u. Schumann Werktags nach beendeter Tagesarbeit früher heimkehren können, wird Zug 26 zwischen Lokalbahnhof Karlsruhe und Durlacher Allee um 24 Minuten früher gelegt. Beide Änderungen treten am 3. Dez. in Kraft.

Wagenhallen für die Lokalbahnen. Auf Antrag des Bahnamts wird der Kauf zweier Hallen aus Eisen und ihre Aufstellung auf dem Lokalbahnhof Grünwinkel genehmigt. Sie sollen den mit elektrischen Ausrichtungen versehenen Wagen gegen die Unbilden der Witterung Schutz bieten. Der Aufwand wird dem vom Bürgerausschuß für den Umbau der Karlsruher Lokalbahnen bewilligten Kredit entnommen.

Waldbauer Hof. Ein in der Nähe des Hofes gelegenes, der künftl. Kaiserbergischen Ständebereitschaft gehöriges Wiesengelände mit etwa 11 Hektar wird auf Martini 1918 hinzugekauft.

Belegung von Hauptlehrerinnenstellen an der Volksschule. Die Unterlehrerinnen Frida Zipperlin, Sophie Bösel, Anna Guth und Marie Frey an der hiesigen Volksschule werden im Einverständnis mit dem Ministerium des Kultus und Unterrichts zu Hauptlehrerinnen ernannt.

Dienstausscheidung. Dem Maschinenbau-Kaufmann Ludwig Hering beim städt. Wasserwerk wird in Anerkennung 25jähriger treu geleisteter Dienste die Ehrenurkunde der Stadtgemeinde verliehen.

Dankagung. Dem Diözesanarchiv für Karlsruhe-Stadt wird für Ueberreichung seines Berichts über die kirchlichen und religiös-sittlichen Zustände der Diözese Karlsruhe-Stadt im Jahre 1916 gedankt.

Verkehr mit Milch und Speisefetten.

Selbstamtlich werden die Aenderungen der Verordnung über den Verkehr mit Milch und Speisefetten bekannt gegeben. Nach dieser Verordnung wird die Lieferungspflicht der Ueberlieferungsverbände, Ueberlieferungsvereine und der Kuhhalter scharfer hervorgehoben. Wird in einem Kommunalverband die ihm aufgeborene Menge nicht aufgebracht, so kann ihn das Ministerium des Innern entsprechend der Ueberlieferung bei der Zuteilung von Verteilungswaren kürzen. Der Kommunalverband hat die Kürzung auf die säumigen Gemeinden entsprechend zu verteilen; er kann säumige Gemeinden auch von sich aus kürzen. Kuhhalter, welche ihre Lieferungspflicht schuldhafterweise nicht erfüllt haben, müssen bei der Zuteilung von Lebens- und Futtermitteln und Bedarfsgegenständen gekürzt werden. Weiter kann gegenüber solchen Kuhhaltern die Schließung oder Wegnahme der Handzentrifugen und Buttermaschinen, die Wegnahme des Viehs als Schlachtvieh, sowie die Verlagerung zur Genehmigung von Hauserschlächtungen oder zur Ausmahlung von Getreide erfolgen. Kuhhalter, welche ihrer Ueberlieferungsspflicht nachgekommen sind, dürfen nicht gekürzt werden. Gegenüber hartnäckig säumigen Kuhhaltern hat das Bürgermeistertum die zwangsweise Wegnahme der abzuliefernden Ware zu verfügen; wenn die Wegnahme von Milch mit Schwierigkeiten verbunden ist, kommen für die Wegnahme auch Butter, Butterschmalz und Käse in Betracht. Im Fall der Wegnahme ist dem Kuhhalter ein geringerer Preis als der Höchstpreis zu vergüten. Außerdem hat der Kommunalverband des Erzeugungsortes strafendes Einschreiten zu veranlassen. Für säumige Ueberlieferungsverbände können, vorbehaltlich der Beschränkung an das Ministerium des Innern, der Kommunalverband oder die Landesstelle auch anordnen, daß die den Versorgungsberechtigten der Lieferungsgemeinde zustehenden Mengen, abgesehen von dem Vollmilchbedarf der Vollmilchversorgungsberechtigten, vorübergehend gekürzt werden.

Einen Anknüpfen zu möglichst hoher Ablieferung sollen Preiszuschläge für die Gesamtlieferung bilden, falls die aus einer Ueberlieferungsverbände einer Bedarfsgemeinde in einem Monat gelieferte Menge Vollmilch das monatliche Lieferungsmaß übersteigt; ihnen stehen Abzüge für die unter ¼ des Solls bleibenden Lieferungen gegenüber. Die Zuschläge steigen von 1 % bis zu 4 % für den Liter Vollmilch bei Ueberlieferungen bis zu 5, 10, 20 und über 20 vom Hundert der Sollmenge. Die Abzüge betragen 2 % für den Liter Vollmilch bei einer Lieferung von 50 bis 75 vom Hundert der Sollmenge und 4 % bei einer Lieferung unter 50 vom Hundert der Sollmenge. Bei der Auszahlung des erhöhten Preises ist den säumigen Kuhhaltern ein Zuschlag nicht zu gewähren. Bei Kürzung des Preises darf der Bezug nur auf solche Kuhhalter verteilt werden, welche ihrer Lieferungspflicht schuldhafterweise nicht genügt haben.

Zum Ausgleich für die Erhöhung der Einkaufskosten der Bedarfsgemeinde infolge der Erhöhung des Zulags und weil die Sammelkosten der Bedarfsgemeinschaft insbesondere infolge der zuweilen sehr erheblichen Anforderungen der Sammler in den ländlichen Bezirken vielfach höher sind, als bei der früheren Preisfestsetzung angenommen wurde, wurde im Vollzugsbefehl den städtischen Kommunalverbänden gestattet, die bisher zugelassenen Verbraucherhöchstpreise für Vollmilch bis zu 4 % für 1 Liter zu erhöhen; in den übrigen

Bedarfsgruppen darf aus den gleichen Gründen der höchste Verbraucherpreis für Vollmilch bis zu 9 % (bisher 6 %) über den Erzeugerpreis des Bezirkes erhöht werden. Wegen der erhöhten Sammelkosten dürfen ferner die bisherigen Verbraucherhöchstpreise für Magermilch in den städtischen Kommunalverbänden bis zu 2 % für 1 Liter erhöht werden; in den übrigen Bedarfsgemeinden darf der höchste Verbraucherpreis für Magermilch bis zu 7 % (bisher 6 %) über den Erzeugerhöchstpreis des Bezirkes betragen.

Beim Verbrauch der Versorgungsberechtigten trat bisher eine Bevorzugung derjenigen ein, welche Vollmilch statt Fett bezogen, weil in dem täglich gegebenen halben Liter Vollmilch mehr Fett enthalten ist, als der sonst verabreichten Tagesmenge entspricht, nachdem die Wochenkopfmenge an Fett in den meisten Bezirken nicht in Höhe von 90 Gramm gegeben werden konnte. Die Milchmenge, welche an Stelle von Fett abgegeben werden darf, wird daher künftig je nach der Höhe der zur Verfügung stehenden Mengen mit Zustimmung des Ministeriums des Innern von der Landesstelle bestimmt werden. In Gemeinden, in welchen Molkeerzeugungsanstalten bestehen, ist die Abgabe von Vollmilch statt Fett künftig nur an Kinder unter 6 Jahren und Personen über 65 Jahren gestattet.

In den städtischen Kommunalverbänden dürfen nunmehr auch Buttermilch und Quark nur auf Magermilch-Basis abgegeben werden, wobei ein Liter Magermilch einem Liter Buttermilch oder 100 Gramm Quark gleichgestellt. Wirtshäuser dürfen allgemein Buttermilch und Quark nur gegen Begleichung erwerben. Magermilch darf in Konditoreien, Bäckereien und Kaffeehäusern als Getränk oder als Zusatz zu Getränken nicht verabreicht werden, sofern in der Gemeinde nicht mindestens ein halber Liter Magermilch täglich auf den Kopf der nicht Vollmilch empfangenden Bevölkerung verteilt wird.

Die Wochenkopfmenge an Fett, welche höchstens abgegeben werden darf, wurde von 90 auf 75 Gramm herabgesetzt.

Neue Höchstpreise für Butter und Butterschmalz.

Es wurden mit Wirkung vom 1. Dezember folgende Höchstpreise festgesetzt:

- 1. für 1 Pfund Süßrahmbutter beim Verkauf durch den Hersteller frei seiner nächsten Station einschließlich Verpackung 2 M 40
- 2. für 1 Pfund Süßrahmbutter beim Weiterverkauf im Kleinhandel 2 M 70
- 3. für 1 Pfund Süßrahmbutter, das nur Butter erster Beschaffenheit zu bestehen, hergestellt in regelmäßig betriebenen Molkereien, welche den gesammelten süßen Rahm mindestens dreimal in der Woche verbuttern; 2. für 1 Pfund sonstiger Butter guter Beschaffenheit beim Verkauf durch den Hersteller 2 M 15
- 4. für 1 Pfund Süßrahmbutter beim Weiterverkauf durch den Kleinhandel 2 M 60
- 5. für 1 Pfund weniger gute, aber zum menschlichen Genuss noch geeignete Butter (abfällige Ware) beim Verkauf durch den Hersteller 1 M 80
- 6. für 1 Pfund weniger gute, aber zum menschlichen Genuss noch geeignete Butter (abfällige Ware) beim Weiterverkauf durch den Kleinhandel 2 M 10
- 7. für 1 Pfund sonstiger guter Beschaffenheit beim Verkauf durch den Hersteller 2 M 50
- 8. für 1 Pfund sonstiger guter Beschaffenheit beim Weiterverkauf im Kleinhandel 2 M 80
- 9. Die mit außerordentlich Butter beschickten Kommunalverbände sind befugt, einen einheitlichen Kleinhandelspreis für sämtliche Butterarten (bübische Tafel- und Landbutter, außerbübische Butter) festzusetzen; der Einheitspreis bedarf der Genehmigung der Landesstelle und darf 2 M 80 für 1 Pfund nicht übersteigen. Die nur mit bübischer Tafel- und Landbutter beschickten Kommunalverbände können einen einheitlichen Kleinhandelspreis von höchstens 2 M 60 für ein Pfund festsetzen.

Erfolgt der Verkauf der unter Ziffer 1 bis 5 aufgeführten Waren unangefunden, so vermindern sich die Höchstpreise um 3 % für das Pfund.

Liefert die Molkerei die Butter in kleinen Packungen, in denen sie unmittelbar an die Verbraucher abgegeben werden kann, so darf der Molkerei ein Zuschlag von 5 % für 100 Pfund gewährt werden.

Als Kleinhandel im Sinne vorstehender Höchstpreisbestimmungen gilt der Verkauf an den Verbraucher in Mengen von nicht mehr als 10 Pfund.

Die Kommunalverbände haben geringere Kleinhandelshöchstpreise festzusetzen, falls dies nach der Höhe der Beschaffungskosten der Butter möglich ist. Soweit eine solche Festsetzung nicht erfolgt, sind vorstehende Höchstpreise maßgebend.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für aus dem Ausland eingeführte Butter und Butterschmalz. Wird jedoch ausländische Butter von der Reichsstelle für Speisefette zugelassen, so darf diese Butter zu dem bei der Zulassung berechneten Preise zuzüglich eines von der Landesstelle genehmigten Zuschlages im Kleinhandel veräußert werden.

MUSEUMSSAAL.
Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 Uhr:
Einmaliges persönliches Gastspiel
RITA SACCHETTO 2364
und die **MEISTERSCHÜLERINNEN** ihrer **TANZSCHULE**
Programm: Gothische Frauen, Mignon mit Elortanz (Thomas), Coppelia-Walzer (Delibes), Phantasie (Moszkowski), Amor, Psycho u. Zephir, Große Es-Dur Polonaise (Chopin), Indisches Märchen, Pastorale (Bach), Spanische Tänze.
Karten zu 4.— 3.— 2.— 1.— F. Postkassenhandl.

Bekanntmachung.
Den Fortbildungsunterricht betreffend.
Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrpersonen verpflichtet, die Fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme an Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren.
Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 des Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.
Zunehmend werden mit Geldbuße bis zu 50 M bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).
Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärtig hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur verfuhrs- oder probeweise aufgenommen sind.
Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrpersonen beim Abgang unter genauer Angabe der Adresse anzumelden.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1915.
Das Volksschulrektorat: D. H. r. 200

Großherzog. Hoftheater. 2062
Montag, den 3. Dezember, B 18 (gelbe Karten):
Orpheus und Eurpydie.
Anfang 7,3 Uhr. Ende 10 Uhr.

PRESTO
Automobile
Personenwagen
Schnelllastwagen
„Prestowerke“ Aktiengesellschaft
Chemnitz
Filiale Berlin - Charlottenburg, Sprestrasse 42.

Die Stadthauptkasse Abt. A und B
ist für den Kassenverkehr von
Montag, den 3. Dezember ds. Js., an
jeden Werktag nur vormittags von 8 bis 12½ Uhr geöffnet.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1917. 732
Stadthauptkasse Abt. A und B.

Greif Detektiv
Institut
Schlossplatz 8, part
E. Geuggel, früh. Polizeibeamter, besorgt überall Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen etc. Durchaus routiniert. **Telef. 1252.** 1023

Gebisse
kauft jeden Dienstag, per Stück von 10.— Mk an
Frau Weineck, Karlsruhe 37.
Bin amtl. berechtigte Aufkäuferin.

Heuser's Pfalzführer
das beste Führerwerk durch den „Gottesgarten der Rheinpfalz“ gerade zur richtigen Zeit
wieder freigegeben!
(Die vom stv. Gen. Kdo. H. A. K. als ausgezeichnet befundenen Karten werden nach dem Kriege frei nachgeliefert; aber auch ohne diese ist der Führer m. seinen Weg-u. Markierungsbeschreibungen das Werk über die Pfalz, das jeder Ausflügler haben muss.) 8087
Verlag Wilh. Marnet
Neustadt a. Hd.
Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Registrierkassen
Totalabreger National gesucht.
Nummern und Preis erbeten unter 17002/III an die Geschäftsstelle ds. Bl.